

Inhalt

Steffen Mau/Nadine M. Schöneck	
Einleitung: (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten	9
Heinz Bude	
Brennpunkte sozialer Spaltung	16
Hartmut Rosa	
Verstrickt im Steigerungsspiel: Wie der Kampf gegen Ungleichheit diese reproduziert	27
Steffen Mau	
Die halbierte Meritokratie	36
Gert G. Wagner	
Ungleichheit muss nicht ungerecht sein – sie ist aber oft unvernünftig	46
André Kieserling	
Ungerecht, aber nützlich. Zur Verteilung der wissenschaftlichen Reputation	54

Bildung

Richard Münch	
Mehr Bildung, größere Ungleichheit. Ein Dilemma der Aktivierungspolitik	65
Jutta Allmendinger	
Mehr Bildung, größere Gleichheit. Bildung ist mehr als eine Magd der Wirtschaft	74

Markt

Bruno S. Frey	
Märkte, Gerechtigkeit und die Rolle von Vielfalt . . .	85
Sighard Neckel	
Die Ungleichheit der Märkte	93

Sozialstaat

Rainer Hank

Warum der Sozialstaat

in die Ellenbogengesellschaft führt 107

Stephan Lessenich

Die Umverteilung nach der Umverteilung: Warum

der Kapitalismus den Sozialstaat braucht 115

Geschlechter

Cornelia Koppetsch

Gefühlte Gleichheit?

Gerechtigkeit in Paarbeziehungen 125

Ute Sacksofsky

Frauenquoten – Weg zur Gleichheit der Geschlechter

oder »umgekehrte Diskriminierung« von Männern? 134

Erben

Jens Beckert

Besteuert die Erben! 145

Thomas Straubhaar

Hände weg vom Erbe! 154

Globale Ungleichheit und Migration

Anja Weiß

Wie nah ist das Ferne?

Gerechtigkeit in Zeiten der Globalisierung 167

Ludger Pries

Transnationalisierung sozialer Ungleichheit und

gerechte Migration 175

Demokratie

Wolfgang Merkel

Ungleichheit als Krankheit der Demokratie 185

Paul Nolte

Demokratie und Gleichheit: Verbündete, Feinde,
endlose Spannungen 195

Über die Autorinnen und Autoren 207

Steffen Mau/Nadine M. Schöneck

Einleitung: (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten

Vor rund einem Jahrzehnt spielte sich auf einer großen internationalen Konferenz mit Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten eine aufschlussreiche Szene ab: Ein bekannter deutscher Soziologe sprach über soziale Ungleichheiten in Europa und führte zahlreiche, aus seiner Sicht relevante Ungleichheitsdimensionen auf. Als er zum Ende kam, wurde es unruhig im Saal, und aus einer Ecke regte sich besonderer Unmut. Ein britischer Leitartikler meldete sich zu Wort und begann zu schimpfen. Aus seiner Sicht würden Soziologen nichts anderes tun, als immer neue Ungleichheiten zu entdecken und diese zum Problem zu machen. Sie erzeugten ihren Gegenstand gleichsam selbst und hätten bedauerlicherweise kein Instrumentarium entwickelt, gute und wünschenswerte Ungleichheiten von problematischen Ungleichheiten zu unterscheiden. Dieser Vorwurf saß, betraf er doch das Kerngeschäft soziologischer Analyse und die Frage danach, ob die Relevanzbehauptung der Ungleichheitsforschung überhaupt eine wissenschaftliche oder lebensweltliche Fundierung hat.

In der Tat kommt man nicht umhin zu konzedieren, dass diese Frage in vielen Arbeiten zur Ungleichheitsthematik stillschweigend in den Hintergrund gedrängt wird. Soziologen interessieren sich für die Beschreibung von Ungleichheiten sowie die Mechanismen ihrer Genese und weniger dafür, in welchem Sinne sie eigentlich ein »Problem« darstellen. Die von Rousseau (1984 [1755]) in seinem *Diskurs über die Ungleichheit* hergestellte Verknüpfung zwischen dem *Ursprung* der Ungleichheit unter den Menschen und der Frage, ob und wie sie *gerecht* wird, ist später bemerkenswerterweise nach und nach aufgegeben worden. In einer Art unausgesprochener Arbeitsteilung wurden die normativen Fragen den

Philosophen überlassen, die sie häufig fern aller Empirie und ohne weitergehende Kenntnis der Ursachen, Erzeugungsdynamiken und Folgen sozialer Ungleichheiten behandeln.

War es rund um das Thema Ungleichheit für lange Zeit recht still geworden, boomt es nun wieder. Ungleichheit hat die Titelseiten der Tageszeitungen erobert, und selbst konservative Medien schwenken nun auf den ungleichheitskritischen Diskurs ein. Plötzlich gelten Aussagen als opportun und mehrheitsfähig, die man zuvor als diskursive Reflexe der üblichen »Betroffenheitsakteure« abgetan hatte: der Gewerkschaften, der Linken oder derjenigen, die im gesellschaftlichen Verteilungsspiel ganz allgemein zu kurz gekommen sind. Dass sich die Debattenlage so heftig verschoben hat, hängt vor allem mit gesellschaftlichen Veränderungen zusammen, also dem mittlerweile berühmt-berüchtigten Aufgehen der Einkommensschere, der sich zuspitzenden Vermögenskonzentration, der anhaltend engen Verkopplung von sozialer Herkunft und Lebenschancen, der stärkeren Sensibilisierung für globale Ungleichheiten und der Entstehung einer gesellschaftlichen Unterschicht am unteren und einer neuen Gruppe von »Obertanen« am oberen Ende der Sozialstruktur.

Einige statistisch belegbare Entwicklungen sind in diesem Zusammenhang in der Tat frappierend: Zwar können wir im Zuge des ökonomischen Wachstums in bevölkerungsreichen Ländern wie China, Indien oder Brasilien die Herausbildung einer neuen Mittelschicht beobachten, gleichzeitig wachsen jedoch die Einkommens- und Vermögensungleichheiten innerhalb dieser Länder. Auch global ist der Reichtum äußerst ungleich verteilt: Die eine Hälfte befindet sich in den Händen von einem Prozent der Weltbevölkerung, die übrigen 99 Prozent teilen sich die andere Hälfte. Auch für Deutschland liegen Zahlen vor, die auf eine überaus schiefe Verteilungssituation hinweisen: Das private Vermögen konzentriert sich

zunehmend bei einer kleinen Bevölkerungsgruppe. Der viel diskutierte vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat diesen Tatbestand vor einiger Zeit gut dokumentiert (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013). Zwar erlitt dieser Trend in Folge der jüngsten Finanzkrise eine kleine Delle, aber seitdem steigt das Vermögen der Privilegierten weiter an, und die gesamtgesellschaftliche Ungleichverteilung nimmt weiter zu. Zugleich lässt sich ein profundere Strukturwandel der Ungleichheit beobachten, etwa Prekarisierungstendenzen im unteren Arbeitsmarktsegment, die Entstehung eines Dienstleistungsproletariats, ein erhöhtes Armutsrisiko von Alleinerziehenden und Großfamilien, verstärkter Wettbewerbsdruck in nahezu allen Lebensbereichen, Verdrängungsprozesse in den Innenstädten, die auch die Mittelschicht betreffen, oder ungleiche Lebenschancen im Kohortenvergleich.

Die moralische Empörung über solche Befunde ist verständlich, denn die sozioökonomischen Entwicklungen der letzten Jahre stellen ein (zumindest in Westeuropa) lange Zeit konsensuell getragenes Verteilungsmodell infrage. Der Kuchen sollte nicht nur wachsen, alle sollten zunehmend größere Stücke davon abbekommen, nicht nur einige wenige. Wenn in Betriebskantinen, Fernreisebussen oder auch universitären Einführungsseminaren zur Sozialstrukturanalyse über Ungleichheit gesprochen wird, dann endet dies oft im Lamento, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Es geht hier vor allem um das diffuse Gefühl, dass Dinge aus dem Lot geraten sind, konkret: dass einige Gruppen unverhältnismäßige Einkommensgewinne und Vermögenszuwächse erzielen können und dass Privilegien mitunter auf unrechtmäßige Weise zustande kommen. Die von vielen Menschen wahrgenommenen Verwerfungen der Ungleichheit haben ihre Akzeptanz prekärer gemacht. Einerseits. Anderer-

seits ist der Umverteilungs- und Ungleichheitsbegrenzungsoptimismus immer weiter abgeflaut, und dies aus dreierlei Gründen: Wir werden Zeugen einer gewissen Schicksalsergebenheit, da man den Lauf der Dinge ja ohnehin nicht ändern könne; hinzu kommt eine nicht unbeträchtliche Skepsis in Bezug auf die Frage, ob staatliche Ungleichheitskorrekturmaßnahmen überhaupt geeignet sind, um die gewünschten Resultate zu erzielen; und schließlich ist nach wie vor die Überzeugung weit verbreitet, der Markt sei zwar taub gegenüber den Gerechtigkeitsansprüchen der Gesellschaft, als Wohlstandsproduzent aber unerreicht und alternativlos. Wer seine Erträge und schöpferischen Leistungen erhalten wolle, müsse daher auch akzeptieren, dass er immer wieder Ungleichheiten produziert.

Diese Diskussion ließe sich in vielen argumentativen Schleifen weiterführen, stellt sich doch sofort die Frage, ob die hier angesprochenen Ungleichheiten tatsächlich marktfunktional sind oder ob sie die Effizienz des Marktes nicht doch eher unterminieren. An dieser Stelle bräuchte man dann allerdings ein Kriterium, mit dessen Hilfe sich Markt und Ungleichheit in ein Verhältnis setzen lassen, ohne die Einbettung in gesellschaftliche Zusammenhänge zu vernachlässigen (vgl. Beckert 2014). Können nicht auch Moral und grundlegende Gerechtigkeitsimperative Marktversagen verhindern und das Überleben der Märkte sichern? Heutzutage erscheint es schon beinahe naiv, auf Märkten produzierte Ungleichheiten ausschließlich als notwendig, funktional und naturwüchsig zu beschreiben, gesellschaftliche Gerechtigkeitsansprüche hingegen als Effizienzbremsen und Ausdruck einer grassierenden Neidkultur.

Es ist wohl so: Das Streben nach mehr Gleichheit ist ins Hintertreffen geraten und als politisches Ziel verblasst, zugleich flammt in nennenswerten Teilen der Bevölkerung auch

Empörung über allzu große Ungleichheiten auf. Die »Krise der Gleichheit« (Rosanvallon 2013, S. 15) und die »Krise der Ungleichheit« treten also gleichzeitig auf – das macht die Lage so kompliziert. Daher wird es auch immer wichtiger, die Fragen nach dem gewünschten, notwendigen oder erträglichen Maß an Ungleichheit offener und ehrgeiziger zu adressieren, als dies bislang häufig der Fall gewesen ist. Eine rein normative Betrachtung legitimer Ungleichheiten greift zu kurz, eine rein effizienztheoretische Begründung führt ebenfalls in die Irre. Moderne Gesellschaften sind weitaus mehr als moralische Veranstaltungen, sie sind aber auch sehr viel mehr als optimale Märkte. Geht man von dieser simplen Prämisse aus, kann man ohne ideologische Scheuklappen die eigentlich interessanten Fragen erörtern. Es geht darum, normative und funktionale Aspekte zusammenzudenken, anstatt sie gegeneinander auszuspielen. Dann sieht man schnell, dass beispielsweise die Hyperkonzentration von Vermögen nicht nur moralisch zweifelhaft sein kann, sondern zugleich dysfunktional – mit gravierenden Folgeschäden für wirtschaftliches Handeln und soziale Integration.

Um eine offene Auseinandersetzung über die normativen, sozialen und funktionalen Fragen, die tief in der Ungleichheitsthematik stecken, in Gang zu setzen, haben wir die Autorinnen und Autoren dieses Sammelbandes gebeten, ihre Standpunkte und Sichtweisen pointiert zu Papier zu bringen: Welche gesellschaftlichen Probleme ergeben sich durch die gegenwärtig beobachtbaren Ungleichheitsdynamiken? Wo schlägt Ungleichheit in Ungerechtigkeit um? Auf welche Weise lässt sich wirksam gegensteuern? Welche Ungleichheiten brauchen wir, welche sollten vehement bekämpft werden? Die Antworten und Problematisierungen sind aus der Sicht der Soziologie, der Geschichte, der Politik-, der Wirtschafts- und der Rechtswissenschaften formuliert.

Den ersten Teil dieses Bandes bilden fünf grundlegende Beiträge, die sich dem Ungleichheits-Ungerechtigkeits-Nexus aus unterschiedlichen (theoretischen) Perspektiven widmen. Im zweiten Teil des Bandes werden sieben ausgewählte, unserer Auffassung nach besonders aktuelle Felder der Ungleichheit von jeweils zwei Beitragenden – konträr oder komplementär – beleuchtet: Bildung, Markt, Sozialstaat, Geschlechter, Erbschaften, Zuwanderung und Demokratie. Als Fluchtpunkt dienen stets die beiden zentralen Fragen: Inwiefern ist Ungleichheit dysfunktional, das heißt mit (hohen) individuellen und gesellschaftlichen Kosten verbunden? Aber auch: Inwiefern kann Ungleichheit funktional (bzw. zumindest akzeptabel) sein?

Gerade in einem Buch, das sich mit Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten befasst, möchten wir ausdrücklich darauf hinweisen, dass mit männlichen Bezeichnungen im Regelfall selbstverständlich auch Frauen angesprochen sind.

Unser Dank gilt zunächst unseren neunzehn engagierten Autorinnen und Autoren. Zudem danken wir Susanna Kowalik, Jonas Mielke und Julia Feldmann, die unsere Arbeit kompetent und gewissenhaft unterstützt haben, und Heinrich Geiselberger vom Suhrkamp Verlag, der dieses Projekt geschmeidig begleitet hat.

Literatur

- Beckert, Jens (2014), »Die sittliche Einbettung der Wirtschaft. Von der Effizienz- und Differenzierungstheorie zu einer Theorie wirtschaftlicher Felder«, in: *Der Wert des Marktes. Ein ökonomisch-philosophischer Diskurs vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, herausgegeben von Lisa Herzog und Axel Honneth, Berlin: Suhrkamp, S. 548-576.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.) (2013), *Lebenslagen in Deutschland – Vierter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung* (veröffentlicht am 7. März 2013).

Rosanvallon, Pierre (2013), *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg: Hamburger Edition.

Rousseau, Jean-Jacques (1984 [1755]), *Diskurs über die Ungleichheit. Discours sur l'inégalité. Kritische Ausgabe des integralen Textes von Heinrich Meier*, Paderborn: Ferdinand Schöningh.

Heinz Bude
Brennpunkte sozialer Spaltung

Seit ungefähr einem Vierteljahrhundert werden die weitgehend bekannten Befunde über die Persistenz sozialer Ungleichheit in der Öffentlichkeit als schlagende Belege für eine soziale Spaltung unserer Gesellschaft und mithin ein wachsendes Gerechtigkeitsproblem gewertet. Wenn die Einkommenschancen und Lebensverhältnisse von Reichen und Armen auseinanderdriften, wenn die Nettoeinkommen der Mittelschichten stagnieren (oder gar sinken) und wenn sich in den Schichtzwischenräumen Gruppen bilden, deren Angehörige sich von der gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt fühlen, dann ist der soziale Zusammenhalt gefährdet. Dann reden wir nicht mehr über weithin akzeptierte Verhältnisse von Oben und Unten, sondern von sich verschärfenden Tendenzen einer Spaltung zwischen Drinnen und Draußen. In seinem 2012 veröffentlichten Buch *Coming Apart* formuliert Charles Murray, der einst Ronald Reagan bei seiner neoliberalen Revolution assistiert hat, eine zwischen Empörung und Verzweiflung schwankende Prognose für die Zukunft der USA: Die Nation zerfalle in eine neue Ober- und eine neue Unterklasse. Die Leute mit den »systemanalytischen Fähigkeiten« (vgl. Reich 1992), die im großen Cluster der Wissens- und Kulturindustrien beschäftigt sind, hätten mit den Leuten ohne *college degree*, ohne Krankenversicherung und ohne Familienmahlzeiten, mit Menschen, die sich von Job zu Job hangeln und auf keine Arbeit stolz sein können, nichts mehr zu tun. Es gäbe keine Volkspartei mehr, in der sie sich gemeinsam aufgehoben fühlen, keine Fernsehprogramme, die sie gemeinsam sehen, und keine Stars, denen sie gemeinsam zujubeln könnten. Steht eine solche Situation heute allen Gegenwartsgesellschaften bevor, ob sie nun zu den entwickelten Volks-

wirtschaften der OECD-Welt, zu den mit Macht aufschließenden Schwellenländern oder zu den fraktalen Gesellschaften Afrikas gehören?

Zur Kennzeichnung der neuen Lage hat sich der Begriff der sozialen Exklusion eingebürgert, der die Teilhabe am großen Ganzen zum Maßstab der Gerechtigkeit macht. Er impliziert eine Zwei-Welten-Theorie, wonach in der einen Welt eine »Mehrheitsklasse« lebt, die sich als Treiberin und Profiteurin des gesellschaftlichen Wandels begreift, und in der anderen eine irreguläre Klasse von Ausgegrenzten, Ausgebeuteten und Aussortierten, die mit Statusfatalismus geschlagen sind und sich weder für sich noch für ihre Kinder noch etwas ausrechnen. Der Begriff der sozialen Exklusion bringt den Verlust des Integrationsoptimismus einer »langen Nachkriegszeit« zum Ausdruck, der auf der Vorstellung einer sich ausbreitenden und tief verankerten Mitte der Gesellschaft beruhte. Randgruppen nahm man natürlich zur Kenntnis, aber man hoffte, diese durch randgruppenspezifische Adressierungsprogramme nach und nach in die Mitte holen oder sie zumindest an die Mitte anschließen zu können. Gerechtigkeitsansprüche wurden durch Integrationsangebote befriedigt. Die Integration erst von Flüchtlingen und Vertriebenen, dann von Gastarbeitern und Zugewanderten schien letztlich der Beweis dafür zu sein, dass dieses Unterfangen – trotz der nicht zu leugnenden Anerkennungskämpfe zwischen Etablierten und Außenseitern – funktionieren könnte. Dieser prinzipielle Kohäsionsoptimismus, der zum Teil als Ausdruck einer Mittelklassenhegemonie gebrandmarkt wurde, ist heute einem prinzipiellen Pessimismus über die Einigungs- und Ausgleichsfähigkeit von Gesellschaften unserer Art gewichen. Die »Mehrheitsklasse« zeigt sich durch das Entstehen von Subkulturen beunruhigt, die nicht mehr den Aufstiegswillen, die Bildungsbereitschaft, Leistungsmotivation und Selbstdis-

ziplin aufbringen, die lange als notwendig erachtet wurden. Die Ausgeschlossenen im ethnisch heterogenen Milieu winken ihrerseits ab, weil sie an das Aufstiegsversprechen durch Bildung und das Beteiligungsversprechen durch Politik schon lange nicht mehr glauben.

Bisweilen drängt sich der Gedanke auf, dass vor unseren Augen mit Gesellschaftsmodellen ohne Mitte und Maß experimentiert wird. In den USA, in Südafrika oder in Russland scheint ein neuer Typ von Klassengesellschaften zu entstehen, bei dem die Privilegierten und die Unterprivilegierten ohne den Puffer einer vertikal differenzierten und horizontal pluralisierten Mitte direkt aufeinanderstoßen. Heute sind die Supermärkte für »organische« Lebensmittel in Brooklyn, Prenzlauer Berg oder London South West Orte offener Trennungen zwischen einer hoch gebildeten, sich gesund ernährenden und locker gestimmten auf der einen und einer gering qualifizierten, an Junkfood gewöhnten und mehrfach (gering-)beschäftigten Population auf der anderen Seite. Die einen kaufen dort französischen Käse, kalifornische Erdbeeren und deutschen Pumpernickel, die anderen räumen, wischen und gehen den Kunden beim Einpacken der Waren zur Hand. Der *creative class* (Richard Florida 2002) steht ein neues »Dienstleistungsproletariat« gegenüber.

Göran Therborn konstatiert in seinem 2013 erschienenen Buch *The Killing Fields of Inequality*, dass in den USA die Lebenserwartung von weißen Männern ohne College-Abschluss zwischen 1990 und 2007 um drei Jahre zurückgegangen ist; bei den weißen gering gebildeten Frauen sogar um fünf Jahre. Zwischen *African* und *White Americans* hat sich der Abstand in der Lebenserwartung im gleichen Zeitraum freilich reduziert. Allerdings betrug im Jahr 2008 der Abstand zwischen Schwarzen mit weniger als zwölf Jahren Schulbildung und Weißen mit mehr als sechzehn Jahren sage und

schreibe zwölf Jahre. Das ist dieselbe Differenz wie zwischen den USA und Bolivien. Doch selbst im Bildungswunderland Finnland ist zwischen 2004 und 2007 die Lebenserwartung bei Arbeitslosen und Alleinlebenden wieder auf den Stand vom Ende der achtziger Jahre gefallen.

Die Paradoxie heutiger Formen der sozialen Ungleichheit ergibt sich aus der extremer gewordenen Selektivität der Begünstigungen und Benachteiligungen innerhalb eines gemeinsamen gesellschaftlichen Bezugskosmos. So hat eine Armutsstudie, die in Großbritannien 2014 unter der Leitung von David Gordon durchgeführt wurde, ergeben, dass trotz steigender Wirtschaftskraft die materielle Not zunimmt. Obwohl sich die ökonomische Gesamtleistung des Landes in den vergangenen drei Jahrzehnten verdoppelt hat, hat sich der Anteil der Haushalte, die ihre Wohnung im Winter nicht ausreichend heizen können, von 14 Prozent auf 33 Prozent erhöht. Einen solchen Befund kann man schlecht als Steigerung relativer Armut durch relativen Reichtum abtun. Denn zum sprichwörtlichen warmen Essen für die Kinder gehört im Winter eine warme Stube für die ganze Familie. Wer sich das in einem Kernland Europas nicht leisten kann, ist nicht nur relativ, sondern absolut arm!

Wie jedoch sieht die Lage hierzulande aus? Spaltet sich auch die deutsche Gesellschaft, deren Steuerungselite sich bei jeder Gelegenheit zur sozialen Marktwirtschaft bekennt? Wer sind bei uns die Gewinner, wer die Verlierer dieses ominösen Zeitalters des Neoliberalismus, das die ganze Welt seit Beginn der achtziger Jahre in einen anderen Bewegungszustand versetzt hat?

Das Gefühl, dass sich unsere Gesellschaft spaltet, wird zuerst und zumeist in der gesellschaftlichen Mitte artikuliert. Die Karriere des Protestworts »Gentrifizierung« veranschaulicht die Stimmung in der deutschen Mehrheitsklasse.